

19.10.2011 - 16:46 Uhr

Media Service: Schnüffelsoftware beunruhigt die Politiker

Zürich (ots) -

Die Diskussion um den Einsatz des Staatstrojaners in der Schweiz schreckt Firmen auf, wie die «Handelszeitung» berichtet. Denn mit den Schnüffelprogrammen werden nicht nur Rechner von vermeintlichen Terroristen überwacht - es werden auch wertvolle Firmengeheimnisse abgezapft. Seit kurzem ist eine neue Variante des Computerschädlings Stuxnet aktiv, der selbst Sicherheitsprofis erschreckt. Duqu soll in der Lage sein, ganze Industrieanlagen lahmzulegen.

Das Thema ist derart brisant geworden, dass sich nun auch die Politik damit befasst. CVP-Nationalrätin Barbara Schmid-Federer beauftragt den Bundesrat mit einem Postulat, ein neues Informations- und Kommunikations-Grundlagengesetz zu prüfen. Darin sollen die Firmen zu Mindestanforderungen bezüglich IT-Sicherheit verpflichtet werden. Die Industriespionage oder die Hackerangriffe können erschreckende Ausmasse annehmen, wie der Fall des Elektronikkonzerns Sony zeigte. Die Japaner mussten den Verlust von 77 Millionen Kundendateien samt Kreditkarteninformationen zugeben. Viele Firmen sind sich dieser Gefahren gar nicht bewusst. Deshalb will Pascal Lamia, der Informatiksicherheitsbeauftragte des Bundes, dass dieses Thema in der Öffentlichkeit breit diskutiert wird. Reagiert hat bereits die US-Börsenaufsicht SEC. Sie fordert die kotierten Firmen auf, Cyber-Risiken zu melden, sofern sie für die Aktienkursentwicklung relevant sind.

Kontakt:

Weitere Auskunft erhalten Sie unter der Nummer 043 444 59 00.

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100009535/100706161> abgerufen werden.